

Unterschriftensammlung für ein Moratorium

Einwohnerantrag - Ausbaustopp für Mobilfunk 5G in Freiburg

Für wirksamen Schutz vor Funkwellen in jeder Wohnung !

Liebe Freiburgerinnen und Freiburger,

heute vor zwei Jahren hatten in wenigen Wochen über 3 000 Freiburgerinnen und Freiburger mit Ihrer Unterschrift erfolgreich eine Einwohnerversammlung ermöglicht mit der Forderung nach einem sofortigen Ausbaustopp der 5. Technik-Generation Mobilfunk – kurz 5G, in Freiburg.

Aktionsbündnis
Freiburg 5G-frei!

Im vollbesetzten Paulussaal wurden im November 2019 wichtige Forderungen an den Gemeinderat und an die Stadt Freiburg vorgetragen, begründet und mit Expertinnen und Experten erörtert. Eine Dokumentation von Antworten auf Fragen der Einwohner ist in Text und Video seither veröffentlicht und verfügbar.

Der Gemeinderat ist allerdings nicht in dem Sinne zwingend an die Vorschläge und Anregungen der Einwohnerversammlung gebunden, so dass er dazu einen förmlichen Beschluss fassen müsste.

Durch einen formalen Einwohnerantrag gemäß § 20b der Gemeindeordnung wird der Gemeinderat verpflichtet, sich mit den beantragten Anliegen zu befassen! Darum bitten wir Sie jetzt – eineinhalb Jahre nach der Einwohnerversammlung – erneut um Ihre Unterschrift zur Mitzeichnung – diesmal für einen konkreten Einwohnerantrag.

Mit den gesammelten Unterschriften werden wir erreichen, dass sich der Gemeinderat mit konkreten Vorschlägen beschäftigt: Der Gemeinderat soll 3 Beschlüsse fassen, wie im Einwohnerantrag auf der Rückseite zu lesen ist.

Alle in Freiburg Wahlberechtigten können den Antrag wirksam befürworten und dazu den Einwohnerantrag hier auf der Rückseite mitunterzeichnen (ab 16 Jahre. Mit Wohnsitz in Freiburg einschließlich in Waltershofen, Tiengen, Opfingen, Munzingen, Hochdorf, Kappel und Ebnet). Jede einzelne Unterschrift eines Mitunterzeichners, die beim Aktionsbündnis Freiburg 5G-frei eingeht, zählt und wird gesammelt bei der Stadt Freiburg zur rechtmäßigen Bearbeitung eingereicht.

Aktionsbündnis
Freiburg 5G-frei!

Mit nachbarschaftlichen Grüßen,



Freiburg im Juni 2021

Kontakt: einwohnerantrag@freiburg.5g-frei.org

Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben mehrheitlich Einflussmöglichkeiten - wie folgende Nachrichten aus Ravensburg, Schorndorf und St. Märgen zeigen...

Autorin: Eva-Maria Gideon für die Initiative „Strahlungsarmes Schorndorf“

Schorndorf: Mobilfunkvorsorgekonzept im Gemeinderat verabschiedet

Am 28.05.2020 beschloss der Schorndorfer Gemeinderat in zweiter Lesung mit 18 zu 12 Stimmen gegen den Willen der Verwaltung ein Mobilfunkvorsorgekonzept. Vorausgegangen war ein heftiger, anstrengender und langer Prozess.

Bereits 2015 stand ein Mobilfunk-Vorsorgekonzept auf der Tagesordnung, wurde aber damals noch mit knapper Mehrheit abgelehnt. Mitte Februar diesen Jahres referierte Jörn Gutbier von diagnose:funk im Technischen Ausschuss des Gemeinderates. Der Ausschuss sprach sich daraufhin mit (knapper) Mehrheit für ein Vorsorgekonzept aus. Normalerweise übernimmt der Gemeinderat die Ergebnisse des Ausschusses. Hier jedoch war es anders: es gelang der Verwaltung u. a. mit Hilfe eines SPD-Gemeinderates, Zweifel am Konzept zu säen. Beschlossen wurde, das Thema in eine zweite Lesung zu vertagen.

Dabei sollten eigentlich mehrere Experten zu Wort kommen. Dazu kam es allerdings nicht. Begründet wurde dies mit der Corona-Gefahr. Bei der GR-Sitzung am 28.05.2020 sollte der Tagesordnungspunkt „Mobilfunkvorsorgekonzept“ nach einem besonders strittigen Ta-

gesordnungspunkt zu fortgeschrittener Stunde behandelt und sofort abgestimmt werden.

Wir sind sehr glücklich, dass eine deutliche Mehrheit im Schorndorfer Gemeinderat zur Überzeugung kam, dass zum Schutz der Menschen ein fundiertes Konzept notwendig ist.

Vorausgegangen waren unsererseits intensive Gespräche mit einigen Gemeinderäten. Es zeigte sich, dass wir durch vielerlei persönliche Kontakte, durch Informationen und Leserbriefe, durch Infostände und vielerlei Präsenz vor und in den relevanten Sitzungen Vertrauen gewinnen konnten. Es war uns stets wichtig, nüchtern und sachlich zu informieren, mit Respekt auch vor Andersdenkenden und mit Rücksicht auf die Belastung des Gemeinderats.

Vor der Entscheidung hielten wir uns mit Mails zurück. Die Informationen waren ja bereits zuvor ausreichend angekommen. Dafür gelang es uns, unmittelbar vor der Sitzung mit erstaunlich vielen Bürger/innen durch eine Mahnwache die Dringlichkeit unseres Anliegen sichtbar und spürbar werden zu lassen. Welch eine Freude, dass wir Erfolg hatten!

Ausgabe 3 | 2020 kompakt > diagnose-funk.org

Quelle: diagnose:funk (Hrsg.): kompakt. 2020, Heft3.

~ ~ ~

Funkmastanlage stößt auf Ablehnung

St. Märgener Gemeinderat stimmt geschlossen gegen Pläne des Mobilfunkbetreibers Vodafone

Von Thomas Biniossek

ST. MÄRGEN. Das Thema für die Gemeinderatssitzung am Dienstagabend klang etwas sperrig: „Antrag auf Errichtung einer Funksende- und empfangsanlage für das Vodafone Mobilfunknetz und Mobilfunkdienste privater Netzbetreiber auf dem Flurstück Nr. 132“ hieß es in der Vorlage. Doch das Interesse war groß. Rund 20 Besucher kamen in die Schwarzwaldhalle, um ihren Protest gegen diesen Funkturm mit einer Mahnwache vor dem Sitzungssaal deutlich zu machen.

Allerdings hätte es dieses Protestes gar nicht bedurft, denn von Anfang an machte Bürgermeister Manfred Kreutz deutlich, dass er gegen dieses Vodafone-Projekt sei. Drei Argumente führte er ins Feld, um den Bauantrag abzulehnen. „Der Mast soll 40 Meter hoch werden und die Bodenplatte dafür soll zwei Meter dick und fast 30 Quadratmeter groß sein“, erläuterte Manfred Kreutz.

Für St. Märgen als Tourismusgemeinde sei dieses Bauprojekt viel zu mächtig, liege zudem in der Nähe der Rankmühle am Wanderweg nach St. Peter. „Die Rankmühle ist ein touristischer Anziehungspunkt und die meist gemalte und fotografierte Mühle im Hochschwarzwald.“ Diesen Blick könne man nicht mit einem so hohen Turm verbauen. „Eine ausgewachsene Tanne wird zwischen 20 und 25 Meter hoch. Der Sendemast überragt diese um fast das Doppelte“, sagte der Bürgermeister. Hinzu komme, dass der Funkturm in unmittelbarer Nähe des Wasserschutzgebietes liege, aus dem die Ge-



Rund 20 Bürger aus St. Märgen protestierten vor der Schwarzwaldhalle mit einer Mahnwache gegen den Bau einer Vodafone-Funkmastanlage.

meinde das Grundwasser beziehe. „Wir müssen diese Ressource schützen“, sagte Kreutz und wies darauf hin, dass diese durch die große Bodenplatte, die von starken Winden in Schwingungen versetzt werden könne, in Gefahr sei und zu einer Grundwasserabsenkung führen könne. Nicht zuletzt seien die Auswirkungen auf die Gesundheit der Bürger durch Strahlenbelastungen nicht von der Hand zu weisen. Das vor allem auch deshalb, weil völlig offen sei, ob mit diesem Funkmasten künftig mit der fünften Generation (5G) des Mobilfunks gesendet würde. „Die Gefahr der Strahlung durch 5G wird

wissenschaftlich sehr unterschiedlich bewertet. Aber wirkliche Sicherheit darüber, ob 5G für die Menschen ungefährlich ist, gibt es nicht“, sagte Kreutz.

„Wir sind in der Pflicht, unsere Bürger vor diesem unbekanntem Risiko der Strahlenbelastung zu schützen“, betonte auch Gemeinderat Josef Saier. Zudem werde die Landschaft gerade an der Rankmühle, die derzeit aufwendig renoviert wird, verschandelt. Das sahen alle seine Mit-Ratskollegen ebenso und lehnten einstimmig den Bauantrag ab. Einen alternativen Standort hatte der Bauantragsteller Vodafone nicht benannt.

Gemeinderat Ravensburg (18.2.2019):

„Für elektrosensible Personen sollen Schutzzonen / Schutzräume geschaffen werden“

Die Stadt Ravensburg stellt sich proaktiv als 5G Modellkommune zu Verfügung. Das Vorhaben soll wissenschaftlich und medizinisch begleitet werden, um die Auswirkungen der Strahlenbelastung zu untersuchen. Ferner sollen **für elektrosensible Menschen Zonen bzw. Räume mit reduzierter Strahlungsbelastung geschaffen werden.** Im Zuge dieser Maßnahmen wird ein neues Mobilfunkkonzept erarbeitet. Das bestehende Handlungskonzept Mobilfunk mit Beschluss vom 23.04.2012 wird nicht weitergeführt.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Abstimmung: Ja: 34, Nein: 2, Enthaltungen: 1

Quelle: Stadt Ravensburg (Hrsg.): Ergebnisprotokoll zu DS 2019/038. Gemeinderat 18.2.2019, TOP 4.

Quelle: Badische Zeitung, St. Märgen, 3.12.2020

Freiburg 5G-frei »Feldstärken« im Mobilfunk Bürgerforum e.V.

Spendenkonto: EthikBank DE29 8309 4495 0003 4222 24

www.freiburg.5g-frei.org www.mobilfunk-buergerforum.de

Begründung des Einwohnerantrags

Der Aus- und Aufbau des neuen zusätzlichen **Mobilfunkstandards 5G NR** (sog. New Radio) geschieht ohne notwendige **Technikfolgenabschätzung** und Risikobewertung sowie von vorneherein ohne Einhaltung der gesetzlichen **Vorsorgepflicht** (§ 191 EU-Verfassung). Zudem wird damit ohne Pause ein **4. Mobilfunknetz** installiert, obwohl die WHO beschlossen hat zu prüfen, ob Funkstrahlung als **"wahrscheinlich oder sicher krebserregend"** eingestuft werden muss.

Schon jetzt bezeichnet der **Wissenschaftliche Dienst des EU-Parlaments EPRS** allgemein **biologische Auswirkungen** von andauernder Funkstrahlung als „wahrscheinlich“ und warnt ausdrücklich vor einer **Verschlimmerung durch 5G**. So würden sehr hohe Pulsationsniveaus verwendet werden, die prinzipiell gefährlicher sind (**EU-Briefing**, S. 8, 10, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/646172/EPRS_BRI\(2020\)646172_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/646172/EPRS_BRI(2020)646172_DE.pdf)).

Wegen 'ungeklärter Gefahren' warnten in Frankreich 1000 Angestellte des Mobilfunkbetreibers „Orange“ ihre Firmenleitung davor, 5G 'auszurollen', so die Bloomberg-Wirtschaftsnachrichten (www.bloomberg.com/news/articles/2020-09-18/dissent-at-heart-of-telecom-industry-undermines-france-s-5g-push). Unterstützung erfahren sie von Bürgermeistern aus 11 größeren Städten wie Grenoble, Besancon, Nantes, Lyon, Straßburg, Marseille. 60 gewählte Mandatsträger fordern in einem Manifest u.a. ein **Moratorium für 5G** (Le Journal de Dimanche, 15.9.2020, verlinkt unter www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1613).

5G ist verbunden mit einer **starken Zunahme** der Funkstrahlung, die neuerdings auch direkt über unseren Köpfen z.B. aus Straßenlaternen, ausgesandt werden soll. Die neuartige Sendetechnik kann bis heute nicht genau gemessen werden; sie verdichtet die Strahlung so stark, dass in der Schweiz sogar die Grenzwerte erhöht werden sollten, was das Parlament dort ablehnte. Die Anzahl der Mobilfunkmasten sowie der Stromverbrauch pro Antenne werden sich so vervielfachen. [1]

Dieser Ausbau kann deshalb massive Auswirkungen haben auf

- **die Gesundheit von Menschen, Pflanzen (Wälder!) und Tieren (auch Insekten!),**
- **das Klima sowie den Strom- und Ressourcenverbrauch (mit Anheizen des Konsums),**
- **die Schaffung ständiger und umfassender Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten bis in jede Wohnung.**

Ohne die Klärung dieser Risiken und der oben beschriebenen Mängel und Zulassungsvoraussetzungen durch unabhängige Wissenschaftler*innen ist der Ausbau von 5G nicht zu verantworten, zumal **Mobilfunkschäden nicht versichert** sind.

Ein Moratorium 5G ist deshalb dringend geboten!

Die Stadt kann Schutz und Vorsorge sofort umsetzen, indem sie für die Mobilfunkmasten einschließlich Kleinsendern ihr **Eigentum nicht zur Verfügung stellt** – s. **Antrag 1**.

Die Stadt kann weiter die gleiche Wirkung **auf fremden Grund** mit **Baustopps** erzielen, indem sie **Bebauungspläne** mit **Mobilfunkkonzepten** aufstellt. Das Bundesverwaltungsgericht erlaubt den Gemeinden, zur Strahlenminderung z.B. Sendemasten aus bestimmten Wohngebieten zu verbannen. Sie darf so ihren Bürgerinnen und Bürgern **mehr Schutz als das „gesetzliche Minimum“** der Strahlenschutzverordnung gewähren, welche überhaupt keine Vorsorge enthält.

Darüber muss der Gemeinderat vor der neuen Welle von Strahlenflut jetzt - wann sonst? - entscheiden! - siehe **Antrag 2**.

Sie kann schließlich politisch ein **generelles Moratorium fordern** und die Verantwortlichen **darin erinnern**, dass alle staatlichen Stellen, auch die Gemeinden, das Vorsorgeprinzip beachten müssen. Da 5G ohne jede wissenschaftlich bestätigte Kenntnis seiner Auswirkungen und ohne jegliche Prüfung der Notwendigkeit von Vorsorge auf den Weg gebracht wurde, darf die Stadt widersprechen wie z.B. bei den Atomkraftwerken Wyhl und Fessenheim. Die Gemeinderäte sollten daher beim aktuell **größten technischen, gesellschaftlichen und gesundheitlichen Experiment 5G** [2] ebenso ein Zeichen setzen – siehe **Antrag 3**.

Dieser Einwohnerantrag ist notwendig geworden, weil die Stadtverwaltung die schon im Zuge der **Einwohnerversammlung vom 13.11.2019** gemachten Vorschläge dem Gemeinderat nicht zum Beschluss vorlegen und umsetzen will. [3]

[1] Dass zur Versendung eines einzelnen Bit's bei 5G künftig 9/10 weniger Energie erforderlich sein soll, vermag dies nicht auszugleichen, zumal diese Ersparnis durch die erwartete und angestrebte Zunahme des Datenverkehrs rasch aufgebraucht sein wird.

[2] Die Betreiber selbst sprechen von einer „Revolution“ und einem „Quantensprung“.

[3] Weitere Informationen zum Mobilfunk siehe Umwelt- und Verbraucherschutz-Organisation **Diagnose:Funk** www.diagnose-funk.org und zu 5G Martin H. Virnich: https://baubiologie-magazin.de/downloads/5g_mobilfunk.pdf

Einwohnerantrag an den Gemeinderat gemäß § 20b Gemeindeordnung

Der Freiburger Gemeinderat möge zum Schutz vor einer drohenden Vervielfachung von Mobilfunksendeanlagen in öffentlicher Sitzung jeweils über folgende Forderungen bzw. Vorschläge befinden und ggf. beschließen:

- 1. Gebäude, Grundstücke und Einrichtungen in Straßenräumen**, die zum Eigentum oder Besitz der Stadt und ihrer Eigenbetriebe gehören, werden für **Sendeanlagen des neuen Mobilfunkstandards 5G („New Radio“)** nicht zur Verfügung gestellt.
- Gemäß den höchstrichterlich bestätigten Möglichkeiten erstellt die Verwaltung **Mobilfunkkonzepte mit Baustopp für Sendemasten** (z.B. auch zugunsten des Glasfaserausbaus), damit in Wohngebieten **Strahlenbelastung und Stromverbrauch minimiert** sowie **Wohnungen strahlen- und überwachungsfrei** gehalten werden können. Zudem richtet die Stadt eine **Beratungs- u. Meldestelle für Mobilfunknebenfolgen** (Empfehlung der Landesärztekammer Baden-Württemberg) und ggf. **Schutzzonen** ein.
- Der Gemeinderat fordert politisch und bundesweit ein **Moratorium für 5G**, bis alle verantwortlichen Stellen ihre **verfassungsrechtliche Pflicht zur Vorsorge** durch eine **unabhängige wissenschaftliche Prüfung** der gesundheitlichen Unbedenklichkeit von 5G und eine **Technikfolgenabschätzung** erfüllt haben.

Freiburg, den 20. Nov. 2020

(Begründung s. Rückseite)

Die **Unterzeichnenden unterstützen den Einwohnerantrag** und berechtigen die unten genannten **Vertrauenspersonen**, den Antrag samt seinen Anlagen nach außen zu vertreten. **Unterschriftsberechtigt** sind alle Einwohner mit Hauptwohnsitz in Freiburg i.Br. ab dem 16. Lebensjahr mit deutscher Staatsbürgerschaft oder der eines anderen Landes der Europäischen Union. **Alle Eintragungen müssen leserlich und vollständig sein.**

Rückgabe der Unterschriftenlisten per Post erbeten an: Aktionsbündnis Freiburg 5G-frei, Rehlingstr. 9 (Hinterhaus), 79100 Freiburg oder an eine der Vertrauenspersonen: 1. Dr. Wolf Bergmann, Sternwaldstr. 13a, 79102 Freiburg, 2. Bernd I. Budzinski, Hauptstr. 91, 79104 Freiburg od. 3. Beate Limberger, Richard-Kuenzer-Str. 2a, 79102 Freiburg.

Name/Vorname (gut lesbar)	Straße, Hausnr.,	PLZ	Datum, Unterschrift	Geburtsdatum (freiwillig)*
		Freiburg		
		Freiburg		
		Freiburg		
		Freiburg		
		Freiburg		
		Freiburg		
		Freiburg		
		Freiburg		

*Die zusätzliche Angabe des Geburtsdatums ist sachlich nicht erforderlich, erleichtert im Zweifelsfall die Feststellung der Gültigkeit der Antragsberechtigung durch das zuständige Wahlamt. Die Bestimmungen des Schutzes personenbezog. Daten werden dabei nicht verletzt.